

ARBEIT UM JEDEN PREIS – UM- UND ABBAU DES SOZIALSTAATES DURCH NIEDRIGLOHNBESCHÄFTIGUNG

KURZFASSUNG

Gerhard Bäcker

Seit Mitte der 90er Jahre steht der Sozialstaat in den meisten europäischen Ländern massiv unter Druck. Die Grundlagen und Strukturprinzipien des Sozialstaates werden in Frage gestellt. Er wird zunehmend nicht mehr als Problemlöser, sondern vielmehr als Problemverursacher gesehen. In vielen Ländern und vor allem in Deutschland wird die These von nicht markt- und produktivitätsgerechten Löhnen vertreten, die einen Abbau der Arbeitslosigkeit verhindern. Als Maßgröße für Reallohnerhöhungen soll, nach Meinung der Kritiker eines „zu sozialen Staates“ und einer „zu hohen“ Arbeitslosenunterstützung, der Produktivitätszuwachs plus einer Inflationsabgeltung dienen.

Üblicherweise wird ein Zuwachs der Produktivität konstatiert, wenn bei gleichem Arbeitseinkommen der Output steigt. Im Dienstleistungsbereich versagt dieses Konzept jedoch. Die Outputsteigerung einer Krankenschwester oder einer Reinigungskraft lässt sich mit den auf technologischen Rationalisierungsmaßnahmen beruhenden Produktivitätssteigerungen in der Industrie nicht vergleichen. Der Marktpreis einer Dienstleistung wird neben den Entstehungskosten vielmehr auch durch die Wertschätzung der Nachfrager bestimmt.

Der Zusammenhang durch niedrigere Löhne zu mehr Beschäftigung zu gelangen ist nicht nur im Dienstleistungsbereich, sondern auch in anderen Beschäftigungssektoren der Wirtschaft fragwürdig.

Auch Kombi-Lohn-Modelle sind nicht in jedem Fall als geeignetes Mittel der Arbeitslosigkeitsbekämpfung zu sehen – so erfreulich diese Einkommenszuschüsse für die Betroffenen auch sind. Beschäftigungspolitisch sind Kombi-Lohn-Modelle nur dann als erfolgreich zu bewerten, wenn entweder offene Arbeitsplätze, für die es bislang keine Interessenten gab, besetzt werden oder wenn die Unternehmen aufgrund der Transferzahlungen an die Beschäftigten neue Arbeitsplätze schaffen bzw. zusätzlich Arbeit nachfragen. In den Hochtechnologie- und Hochlohnländern nimmt der Anteil an Einfacharbeitsplätzen ab, und zwar gleichermaßen im industriellen wie im Dienstleistungssektor. Eine vorwärts gerichtete Beschäftigungsstrategie kann deshalb nicht darauf verzichten, die Arbeitsmarktchancen von Geringqualifizierten durch Qualifizierungsmaßnahmen zu verbessern.